

„Kriminalisierung von Journalismus“ durch das Regime Ortega-Murillo

Von April 2018 bis Januar 2019 wurden laut der Medienstiftung Violeta Barrios de Chamorro in Nicaragua insgesamt mehr als 700 Aggressionen gegen die Presse verübt. Seit Dezember hat die staatliche Repression und Willkür auch gegenüber den Medien eine neue Stufe erreicht. Nach dem im September erlassenen Verbot von Demonstrationen versuchen Daniel Ortega und seine Frau, die Vizepräsidentin Rosario Murillo, nun mit allen Mitteln des staatlichen Apparates nach der Demonstrationenfreiheit auch die Pressefreiheit zu beenden. Medien, die sich noch nicht der Hand der Familie befinden, werden Repressalien ausgesetzt, damit sie nicht mehr kritisch über die brutalen Menschenrechtsverletzungen des Regimes seit April 2018, die Günstlingswirtschaft und Korruption, aber auch den freien Fall, in dem die private Wirtschaft des Landes sich inzwischen befindet, berichten können. Dabei geht das Regime wie bei den Teilnehmern der Proteste auch im Fall der Journalisten mit willkürlicher Inhaftierung und fragwürdigen Anklagen vor.

Verhaftung aufgrund kritischer Berichterstattung

Am 21. Dezember wurden Miguel Mora, Direktor des wichtigen Fernsehkanals *100% Noticias*, sowie seine Nachrichtenchefin, Lucía Pineda Ubau, in der Redaktion des Kabelfernsehsenders von einer Polizeieinheit überfallen, entführt, verhaftet und in das Hochsicherheitsgefängnis El Chipote gebracht. Das Signal des Senders wurde abgestellt. Gegen drei weitere Journalisten des Senders wurden Haftbefehle ausgestellt. Rund 24 Stunden später fand eine Anhörung von Mora und Pineda Ubau statt, in der ihre Berichterstattung über die Proteste im April 2018 als „terroristische Straftat“ bezeichnet wurde. Nach 28 Tagen ohne Kontakt zu Angehörigen oder einem Anwalt gab der zuständige Richter entsprechenden Besuchen statt (1). Wenige Tage später konnte sich auch eine Delegation von EU-Parlamentariern ein Bild von der Lage der Häftlinge machen (2). Der Leiter der Delegation, Ramón Jáuregui Atondo, schilderte die Haftbedingungen als unerträglich und machte in Interviews deutlich, dass Mora verhaftet wurde, weil er seinem Beruf nachging und Informationen vermittelte, desgleichen Pineda Ubau (3). Die Journalisten wurden nach dem Besuch der EU-Delegation in andere Gefängnisse verlegt. Beide befinden sich dort aber in Isolationshaft und es wird ihnen weiterhin verboten das Tageslicht zu sehen. Besuch dürfen sie ebenfalls nicht empfangen. Die nächste Anhörung zur Anklage der Journalisten ist für Mitte März angesetzt (4). Mora trat am 19. Februar in Hungerstreik, wie seine Frau, die Journalistin Veronica Chavez, und Menschenrechtsorganisationen melden. Sie verlangen seine sofortige Freilassung (5). EU-Parlamentarier Atondo hat sich dieser Forderung jetzt ebenfalls angeschlossen (6).

Die internationale Journalistenorganisation Reporters Sans Frontières (RSF) rief vor kurzem auf ihrer englischsprachigen Webseite die staatlichen Stellen Nicaraguas auf, die Journalisten unverzüglich freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Die so wörtlich „Versuche der Kriminalisierung von Journalismus“ müssten gestoppt werden. „Die Berichterstattung über die politischen Aktivitäten oppositioneller Bewegungen kann unter gar keinen Umständen als Terrorismus bezeichnet werden“, machte Emmanuel Colombié, Leiter der Lateinamerika-Abteilung von RSF deutlich (7).

Einschüchterung, Razzia und Flucht ins Exil

Weil er um sein Leben fürchtete, ist der Chefredakteur der Nachrichten-Webseite *Confidencial* und der Sendungen *Esta Noche* und *Esta Semana*, Carlos Ferdonando Chamorro, nach Costa Rica geflohen und berichtet von dort aus weiter. Als am 14. Dezember eine Razzia durch paramilitärische Einheiten in den Redaktionsräumen von *Confidencial* stattfand, hatte er noch gegenüber der nationalen und internationalen Presse erklärt, dass er im Land bleiben wolle (8), doch die Situation hatte sich durch die Schließung von *100% Noticias* und der Verhaftung Moras und Pineda Ubaus auch für Chamorros Medien so zugespitzt, dass er keinen anderen Ausweg als das Exil sah. Da er nicht mehr über den staatlichen Kanal senden kann, strahlt er die Nachrichtensendungen *Esta Semana* und *Esta Noche* jetzt über *Facebook* und *youtube* aus. Chamorro führte auch ein wichtiges Interview mit dem Anfang Januar nach Costa Rica geflohenen ehemaligen Richter am Obersten Gerichtshof und FSLN-Funktionär, Rafael Solís, der schwere Vorwürfe gegen Ortega-Murillo erhob (9 sowie 10). Durch die Schließung von *100% Noticias* und der Auslagerung der TV-Sender Chamorros sowie des Drucks auf regionale Fernsehsender, gibt es laut Luis Carlos Kliche Navas von der Hilfsorganisation „Nicaragua-Alemania“ aktuell nur noch zwei von rund 15 öffentlichen Kanälen, die noch eine regierungskritische Position vertreten (11).

Zensur durch Materialverweigerung

Auch die oppositionellen Zeitungen erfahren massive Repression. Aus Protest darüber, dass die Zollbehörde ohne Angabe von Gründen schon seit 22 Wochen die Auslieferung von Druckpapier und Farbe verweigerte, erschien die traditionelle Tageszeitung *La Prensa*, Mitte Januar mit einem weißem Titelblatt. Des Weiteren musste die Zeitung die Zahl ihrer Seiten reduzieren. Die einflussreiche Tageszeitung gehört der Familie des von Somoza ermordeten Herausgebers, Pedro Joaquín Chamorro. (12)

(Zusammenstellung: Sabine Gondro, Februar 2019)

Quellen:

- 1 <https://confidencial.com.ni/lucia-pineda-y-miguel-mora-continuan-sin-ver-a-sus-familiares/>
- 2 <https://www.youtube.com/watch?v=DpW1YXcuSys>
<https://www.youtube.com/watch?v=JQH5Imu3uNk>
- 3 <https://confidencial.com.ni/jauregui-contar-la-verdad-no-es-terrorismo/>
- 4 „el Nuevo Diario“ vom 7. Februar
- 5 <https://confidencial.com.ni/miguel-mora-inicio-huelga-de-hambre-desde-el-19-de-febrero/>
- 6 <https://www.laprensa.com.ni/2019/02/24/politica/2527522-diputado-europeo-ramon-jauregui-pide-al-regimen-que-le-de-casa-por-carcel-al-periodista-miguel-mora>
- 7 <https://rsf.org/en/news/rsf-cpj-call-nicaragua-release-two-journalists-held-terrorism-charges>
- 8 <https://www.theguardian.com/world/2018/dec/15/nicaragua-police-raid-and-ransack-top-journalists-offices>
- 9 <https://confidencial.com.ni/rafael-solis-renuncia-a-la-corte-suprema-de-justicia/>
- 10 <https://www.youtube.com/watch?v=OXAlZenz8eU>
- 11 https://www.deutschlandfunk.de/nicaraguas-kritische-medien-aus-protest-mit-weissem.2907.de.html?dram:article_id=439597
- 12 Ders.

„Barbarische“ Haftstrafen für Bauernvertreter

Sergio Ramírez, Mitglied der sandinistischen Revolutionsregierung und Vize-Präsident in der Regierung Ortega (1984-1990), gehört seit 1990 zu den schärfsten Kritikern des immer autoritärer werdenden Kurses Ortegas. Ende Februar prangerte Ramírez das Urteil gegen Medardo Mairena, Bauernführer der Anti-Kanal-Bewegung (1) seit 2013 und Teilnehmer am Nationalen Dialog im Mai, als „barbarisch, illegal und ungerecht“ an. Mairena wurde zu einer Haftstrafe von insgesamt 216 Jahren verurteilt. Sein Mitstreiter Pedro Mena erhielt eine Strafe von 210 Jahren. Bisher sah die Rechtsprechung in Nicaragua eine Höchststrafe von 30 Jahren vor.

Quelle:

<https://confidencial.com.ni/nicaragua-peasants-sentenced-to-over-200-years-for-opposing-ortega/>

Anmerkung:

1 Gemeint ist hier das Bauprojekt interozeanischer Kanal, das mit Beteiligung eines chinesischen Investors realisiert werden soll. Das Projekt hätte die Versalzung des Nicaragua-Sees (eines der größten Trinkwasserreservoirs des Landes) zu Folge sowie die Vertreibung der Campesinos aus den betroffenen Landstrichen. Mónica López Baltodano arbeitet als eine der Anwältinnen der Bauernbewegung. Im Herbst

musste sie aus Angst um ihr Leben aus Nicaragua fliehen und lebt seitdem in Costa Rica wie Zehntausende ihrer Landsleute (<https://www.medico.de/inmitten-des-sturms-die-hoffnung-17234/>). Im April ist sie als Referentin zu einer Tagung über die Zukunft linker Politik über Nicaragua hinaus nach Berlin eingeladen. Die Tagung wird von Medico, dem Inkota-Netzwerk Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a. organisiert (<https://www.medico.de/termin/2019-04-05/0000/nicaragua-und-die-zukunft-linker-politik-294/>).